



STEUERFAMILIE.tirol

Steuerberatung | MMag. Dr. Michael Koller

Klienten-Info Mai 2023

Stand: 28.04.2023

Inhaltsverzeichnis

- Abgabenänderungsgesetz 2023 - Begutachtungsentwurf veröffentlicht
- **WICHTIG: Energiekostenpauschale für Klein- und Kleinstunternehmen**
- Laut VwGH führt der Verlust eines Schriftstücks durch die Post zu keinem Rechtsnachteil - allerdings nur bei entsprechender Sorgfalt
- Pkw-Diebstahl ist weder außergewöhnliche Belastung noch als Werbungskosten absetzbar

Abgabenänderungsgesetz 2023 - Begutachtungsentwurf veröffentlicht

Ende April 2023 ist das **Abgabenänderungsgesetz 2023** im Status des **Begutachtungsentwurfs veröffentlicht** worden. Ausgewählte Aspekte sollen nachfolgend überblicksmäßig dargestellt werden.

- Die **außerbetriebliche Nutzung** (z.B. für Wohnzwecke) **leerstehender Betriebsgebäude** soll **steuerlich erleichtert** werden - insbesondere um die Bodenversiegelung einzudämmen. Hintergrund ist, dass bisher betrieblich genutzte, aber für den Betrieb nicht mehr benötigte Gebäude - trotz Leerstands - häufig im **Betriebsvermögen verblieben** sind, um die **Entnahmebesteuerung von Gebäuden zu vermeiden**. Nunmehr soll die **Entnahme von Gebäuden aus dem Betriebsvermögen** - wie es schon bei der Entnahme von Grund und Boden der Fall ist - zu **Buchwerten** statt zum Teilwert erfolgen. Die Gebäudebegünstigung bei Betriebsveräußerung und -aufgabe nach § 24 Abs. 6 EStG entfällt dann in weiterer Folge.
- Die **Modernisierung** von technischen Prozessen erfolgt auch im Bereich der Besteuerung von Kapitalvermögen, indem die bisher **analoge KEST-Befreiungserklärung** durch eine **vollelektronische Datenübermittlung** zwischen den abzugsverpflichteten Kreditinstituten und der Finanzverwaltung ersetzt werden soll ("**Digitale Befreiungserklärung**").

- Der Begutachtungsentwurf enthält auch Aussagen zu **Kryptowährungen im betrieblichen Bereich**. Wenn Einkünfte aus Staking, Airdrops, Bounties und Hardforks im **betrieblichen Bereich** zufließen, sollen sie ebenfalls nicht im Zuflusszeitpunkt, sondern **erst** im Zuge der **späteren Veräußerung steuerlich erfasst** werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass der **Tausch einer Kryptowährung** gegen eine andere Kryptowährung auch im betrieblichen Bereich zu keiner sofortigen Besteuerung führt.
- Bei der **einkommensteuerlichen Kleinunternehmer:innenpauschalierung** soll es zu einer Klarstellung bzw. Vereinfachung kommen. Die Kleinunternehmer:innenpauschalierung setzt grundsätzlich voraus, dass die **Umsatzsteuerbefreiung für Kleinunternehmer:innen** gem. § 6 Abs. 1 Z 27 UStG anwendbar ist. Ist jedoch die umsatzsteuerliche Kleinunternehmer:innenregelung deswegen **nicht anwendbar**, weil dieser eine **andere unechte Umsatzsteuerbefreiung vorgeht**, konnte bisher in diesen Fällen die einkommensteuerliche Kleinunternehmer:innenregelung nicht geltend gemacht werden (betroffen sind davon etwa **Ärzt:innen** oder Bausparkassen- und Versicherungsvertreter:innen). **Zukünftig** soll es **unschädlich** sein, wenn eine **speziellere** unechte **Umsatzsteuerbefreiung** der Kleinunternehmer:innenbefreiung vorgeht - die Kleinunternehmer:innenpauschalierung in der Einkommensteuer kann dann trotzdem genutzt werden.

Wir werden Sie über den weiteren Gesetzwerdungsprozess auf dem Laufenden halten.

Energiekostenpauschale für Klein- und Kleinstunternehmen

Die **Energiekostenpauschale** soll dazu beitragen, dass **Kleinst- und Kleinunternehmen** die hohen Energiekosten bewältigen können. Es handelt sich dabei um eine **Pauschalförderung** zwischen 110 € und 2.475 €, welche sich in Abhängigkeit von der **Branche** und der Höhe des **Jahresumsatzes** (Mindestumsatz muss 10.000 € betragen, der Höchstjahresumsatz 400.000 €) berechnet. Die Energiekostenpauschale kann voraussichtlich **ab Mitte Mai 2023 rückwirkend für das Jahr 2022 beantragt** werden - **administrativ ist dabei zu beachten, dass die Förderung vom Unternehmen selbst beantragt werden muss und nicht stellvertretend durch Steuerberater erfolgen kann.**

Ob ein Unternehmen **antragsberechtigt** ist, kann über den **Selbst-Check** auf www.energiekostenpauschale.at abgeklärt werden (anhand des ÖNACE-Codes). Neben den Umsatzgrenzen ist vor allem wichtig, dass es ein **in Österreich ansässiges** Unternehmen ist, das gewerblich oder industriell unternehmerisch tätig ist. **Ausgenommen** sind im Umkehrschluss etwa Unternehmen aus den **Sektoren Energie, Finanz- oder Versicherungswesen, freie Berufe** usw. Eine weitere Begrenzung liegt

darin, dass für denselben Zeitraum **nicht gleichzeitig** der **Energiekostenzuschuss** und die **Energiekostenpauschale** beantragt werden können.

Die **Förderung** beträgt für den Zeitraum **1. Februar bis 31. Dezember 2022** mindestens 410 € und maximal 2.475 €, für den Zeitraum **1. Februar bis 30. September 2022** mindestens 300 € und maximal 1.800 € und für den Zeitraum **1. Oktober bis 31. Dezember 2022** mindestens 110 € und maximal 675 €. Dabei kann zwischen den drei Förderperioden eine Förderperiode und somit **eine Pauschalförderung** gewählt werden.

HINWEIS:

Die Energiekostenpauschale stellt eine einkommensteuerpflichtige Einnahme für das Jahr 2022 dar!

ACHTUNG bitte unbedingt gleich den Selbstcheck durchführen und kontrollieren, ob Sie anspruchsberechtigt sind: www.energiekostenpauschale.at/#selbst-check

01



**Selbst-Check ab 17.4.2023
durchführen**

- ✓ Info ob antragsberechtigt
- ✓ Handysignatur oder ID
Austria vorhanden
- ✓ Zugang zum USP
vorhanden
- ✓ ÖNACE und Umsatzhöhe
bekannt

Der ÖNACE-Code ist eine Klassifikation Ihrer Tätigkeit, die von der Statistik Austria durchgeführt wird. Dabei ergeben sich oftmals nachfolgende Fragen:

Ich habe keinen ÖNACE-Code. Was tun?

Die Vergabe des ÖNACE-Codes erfolgt durch die Statistik Austria. Falls Sie noch keinen ÖNACE-Code haben, wenden Sie sich schriftlich per E-Mail an klm@statistik.gv.at. Geben Sie bitte eine Identifikationsnummer (Firmenbuchnummer, Steuernummer, Dienstgeberrnummer etc.) und eine ausführliche Beschreibung Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit(en) an.

Für zusätzliche/ergänzende Fragen wenden Sie sich an die KLM-Hotline (KLM = Klassifikations-Mitteilung) der Statistik Austria. Tel.: 01 711 28-8686 (Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 14:30 Uhr, Freitag von 8:00 bis 14:00 Uhr)

Wo finde ich im USP meinen ÖNACE-Code?

Sie finden Ihren ÖNACE-Code im Unternehmensserviceportal (USP) unter „Mein USP“ auf der Unterseite „Unternehmensdaten“ im Abschnitt „Haupttätigkeit“.

Mein eingetragener ÖNACE-Code ist falsch. Was tun?

Falls Ihr ÖNACE-Code, der im USP unter „Unternehmensdaten“ angezeigt wird, nicht korrekt ist, haben Sie zwei Möglichkeiten:

1. Bitte wenden Sie sich schriftlich per E-Mail an klm@statistik.gv.at mit einer Identifikationsnummer (Firmenbuchnummer, Steuernummer, Dienstgeberrnummer etc.) und einer detaillierten Beschreibung Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit(en).
2. Sie nutzen das Service „Klassifikations-Mitteilung (ÖNACE-Klassifizierung)“ im USP und können so direkt online eine Änderung Ihrer Klassifizierung beantragen. Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Unternehmen bereits einen ÖNACE Code zugeordnet hat und Sie durch den:die USP-Administrator:in Ihres Unternehmens im USP berechtigt wurden, das Service der Klassifikations-Mitteilung aufzurufen.
 - Überprüfen Sie bitte hierfür mit dem:der USP-Administrator:in Ihres Unternehmens, ob Ihrem USP-Benutzer das Verfahrensrecht „Klassifikations-Mitteilung (ÖNACE-Klassifizierung) - Nutzer“ zugeordnet wurde, welches für die Beantragung notwendig ist.
 - Weitere Informationen zur Zuweisung von Verfahrensrechten durch USP-Administrator:innen finden Sie im USP .

Laut VwGH führt der Verlust eines Schriftstücks durch die Post zu keinem Rechtsnachteil - allerdings nur bei entsprechender Sorgfalt

Im gegenständlichen Fall des **VwGH** (GZ Ra 2022/13/0035 vom 20.10.2022) wurden einem Unternehmen **zwei Bescheide** zugestellt. Gegen beide Bescheide wurde jeweils fristgerecht Beschwerde erhoben. Jedoch **stellte sich** im Rahmen der Ladung zur mündlichen Verhandlung über den einen Bescheid **heraus**, dass die **Beschwerde** über den anderen Bescheid **niemals bei der Behörde eingelangt** ist. Eine Sendungsnachverfolgung war aufgrund des verstrichenen Zeitraums nicht mehr möglich. Somit wurde vom Finanzamt **angenommen**, dass das Schriftstück am Postweg verloren gegangen ist und die **Beschwerdefrist** gegen diesen Bescheid **ungenützt abgelaufen** ist.

Das Unternehmen stellte **binnen drei Monaten nach Kenntnisnahme** über den Verlust der Beschwerde einen **Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand**. Ein solcher Antrag ist möglich, wenn eine Partei aufgrund eines **Irrtums** eine Frist versäumt und sie dadurch einen **Rechtsnachteil erleidet**. Hierfür darf jedoch die mögliche Aufklärung des Irrtums **nicht durch auffallende Sorglosigkeit unterblieben** sein. Ein solcher **Antrag auf Wiedereinsetzung** muss **binnen drei Monaten** ab dem Zeitpunkt, in welchem die Partei oder deren Vertreter:in bei pflichtgemäßer Aufmerksamkeit den Irrtum erkennen konnte, **eingebracht werden**.

Strittig war nun, **ab wann die dreimonatige Frist** für die Einbringung des Antrags auf Wiedereinsetzung **zu laufen begonnen hat**. Die Finanzbehörde und das Bundesfinanzgericht waren der Ansicht, dass diese Frist bereits abgelaufen war. Für das **Unternehmen** sei nämlich bereits **deutlich früher** aus Amtshandlungen im Verfahren gegen den anderen Bescheid (dessen Beschwerde nicht verloren ging!) **erkennbar gewesen**, dass die **gegenständliche Beschwerde nicht eingelangt** war. Aus diesem Grund wäre die dreimonatige Wiedereinsetzungsfrist bereits verstrichen.

Der **VwGH** führte in seiner Entscheidung aus, dass der **Verlust einer Sendung auf dem Postweg** ein **unvorhergesehenes** und **unabwendbares Ereignis** ist, das zur **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand **berechtigt**. Dabei kann man davon ausgehen, dass dies beim **Verlust** eines **nicht eingeschriebenen Briefes auch der Fall** ist, da mit dem **Einlangen** des Schriftstückes bei der Behörde **gerechnet werden kann**. Der VwGH betonte auch, dass es nicht notwendig ist, grundsätzlich immer zu überprüfen, ob ein Schreiben bei der Behörde eingelangt ist.

Ob im konkreten Fall der Irrtum über den Verlust des Schriftstücks zu einem früheren Zeitpunkt (vor Bekanntwerden durch die Ladung zur mündlichen Verhandlung) zumutbar erkennbar gewesen ist, wurde im bisherigen Verfahren nicht hinreichend festgestellt. Ebenso hatte sich das BFG nicht ausreichend damit auseinandergesetzt,

ob das **Unternehmen auffallend sorglos war** und nur aus diesem Grund den Irrtum nicht aufgeklärt hat. Nach Ansicht des **VwGH** ist der **Antrag auf Wiedereinsetzung** durch das Unternehmen somit **fristgerecht eingebracht** worden.

Aus der **Praxis** betrachtet mag es auf den ersten Blick erfreulich sein, dass die Steuerpflichtige keinen Nachteil erleiden soll, wenn auf dem Postweg Schriftstücke verloren gehen. Jedoch kann die Frage, wann der **Irrtum erkennbar** war, nur einzelfallbezogen beantwortet werden - dies gilt auch hinsichtlich relevanter Fristen beim Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Ebenso kann der **Beweis**, dass **kein auffallend sorgloses Verhalten** vorliegt, mitunter **schwierig** sein. Wichtige Schriftstücke - wie etwa eine Beschwerde - können persönlich beim Finanzamt eingebracht werden oder oftmals auch über FinanzOnline (bzw. per Fax), um einen Verlust auf dem Postweg zu vermeiden.

Pkw-Diebstahl ist weder außergewöhnliche Belastung noch als Werbungskosten absetzbar

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5101083/2016 vom 10. August 2022) mit einem nicht ganz alltäglichen Fall auseinanderzusetzen. Konkret wurde der **private Pkw** in der Nacht gestohlen, **bevor** eine **dienstliche Fahrt** hätte angetreten werden sollen, woraufhin der **Restwert des gestohlenen Privat-Pkws** sowie die **Kosten für das Ersatzauto** steuerlich in Abzug gebracht werden sollten (der Autodieb wurde strafrechtlich verurteilt und zu einer Schadenersatzleistung verpflichtet). Für die Geltendmachung als **Werbungskosten** wurde argumentiert, dass der Pkw Voraussetzung sei, um die **berufliche** (nichtselbständige) **Tätigkeit** als Betreuerin für Unternehmensgründer:innen innerhalb Österreichs **ausüben** zu können. Die steuerliche Kompensation durch eine **außergewöhnliche Belastung** wurde damit untermauert, dass auf einen **Diebstahl** der Charakter einer außergewöhnlichen Belastung zutrefte.

Das BFG setzte sich in der Entscheidungsfindung intensiv mit den **Voraussetzungen** für die Geltendmachung als **Werbungskosten** wie auch für eine **außergewöhnliche Belastung** auseinander. So ist die steuerliche Geltendmachung als Werbungskosten nur dann möglich, wenn der **Verlust unmittelbar während der beruflichen Verwendung** eintritt - z.B. durch einen Unfall mit einem gelegentlich verwendeten Pkw anlässlich einer Dienstreise. Da jedoch **im konkreten Fall** der Pkw weder während der Dienstreise noch auf einer beruflichen Fahrt gestohlen wurde, sind die **Voraussetzungen** für abzugsfähige **Werbungskosten nicht gegeben**.

Die steuerliche Inanspruchnahme als **außergewöhnliche Belastung** setzt voraus, dass die Belastung **außergewöhnlich** ist, **zwangsläufig** erwachsen ist und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt**. Darüber hinaus darf die Belastung weder Betriebsausgaben, Werbungskosten noch Sonderausgaben sein. Das Instrument der

außergewöhnlichen Belastung dient daher der Berücksichtigung von **Aufwendungen der privaten Lebensführung**, die das Einkommen eines Kalenderjahres belasten, bei der Erstellung des auf durchschnittliche Verhältnisse angelegten Einkommensteuertarifs aber unberücksichtigt bleiben. Da die Ausgaben zu Lasten der Allgemeinheit gehen (sollen), müssen sie zwangsläufig erwachsen.

In seiner Entscheidung betonte das BFG auch, dass **nicht jede Vermögensminderung** eine **Aufwendung** sein muss, sondern **Einkommens- und Vermögensverwendung** sein kann. Reine **Vermögensverluste** etwa, die ohne den Willen der Steuerpflichtigen eintreten (etwa durch Diebstahl, Brand, Unfall oder Kursverluste bei Wertpapieren) **belasten nicht das Einkommen** der Steuerpflichtigen und stellen daher **keine außergewöhnliche Belastung** dar. Auf den konkreten Fall bezogen bedeutet dies, dass der Vermögensschaden durch den Diebstahl des Pkws (mangels Belastung des Einkommens) per se keine außergewöhnliche Belastung sein kann. Vergleichbares gilt für die Kosten für die **Miete eines Ersatzfahrzeuges**. Diese Kosten können steuerlich **nicht als außergewöhnliche Belastung** abgesetzt werden, da **Aufwendungen**, die zur **Wiederbeschaffung untergegangener Wirtschaftsgüter des Privatvermögens getätigt** werden, **grundsätzlich zu keiner außergewöhnlichen Belastung** führen. Dem **VwGH** folgend ist eine **Zwangsläufigkeit** von Aufwendungen **bei zerstörten Wirtschaftsgütern** des Privatvermögens nur dann anzunehmen, **wenn** dem Steuerpflichtigen die **weitere Lebensführung ohne Wiederbeschaffung des zerstörten Wirtschaftsgutes nicht zuzumuten** ist, z.B. bei der Zerstörung der Wohnungsreinrichtung durch Brand. Somit können die **Kosten** für den **Ersatzwagen** und auch der **Restwert** des gestohlenen Privat-Pkws **weder als Werbungskosten noch als außergewöhnliche Belastung** steuerlich in Abzug gebracht werden.

Hinweis:

Die Informationen basieren auf den Angaben von Klier, Krenn & Partner - Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4. Richtung: unpolitische, unabhängige Monatsschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

Alle Rechtsauskünfte werden nach bestem Wissen und Gewissen erteilt und basieren auf den zum jeweiligen Zeitpunkt gesicherten Informationen. Stand: 28.04.2023